

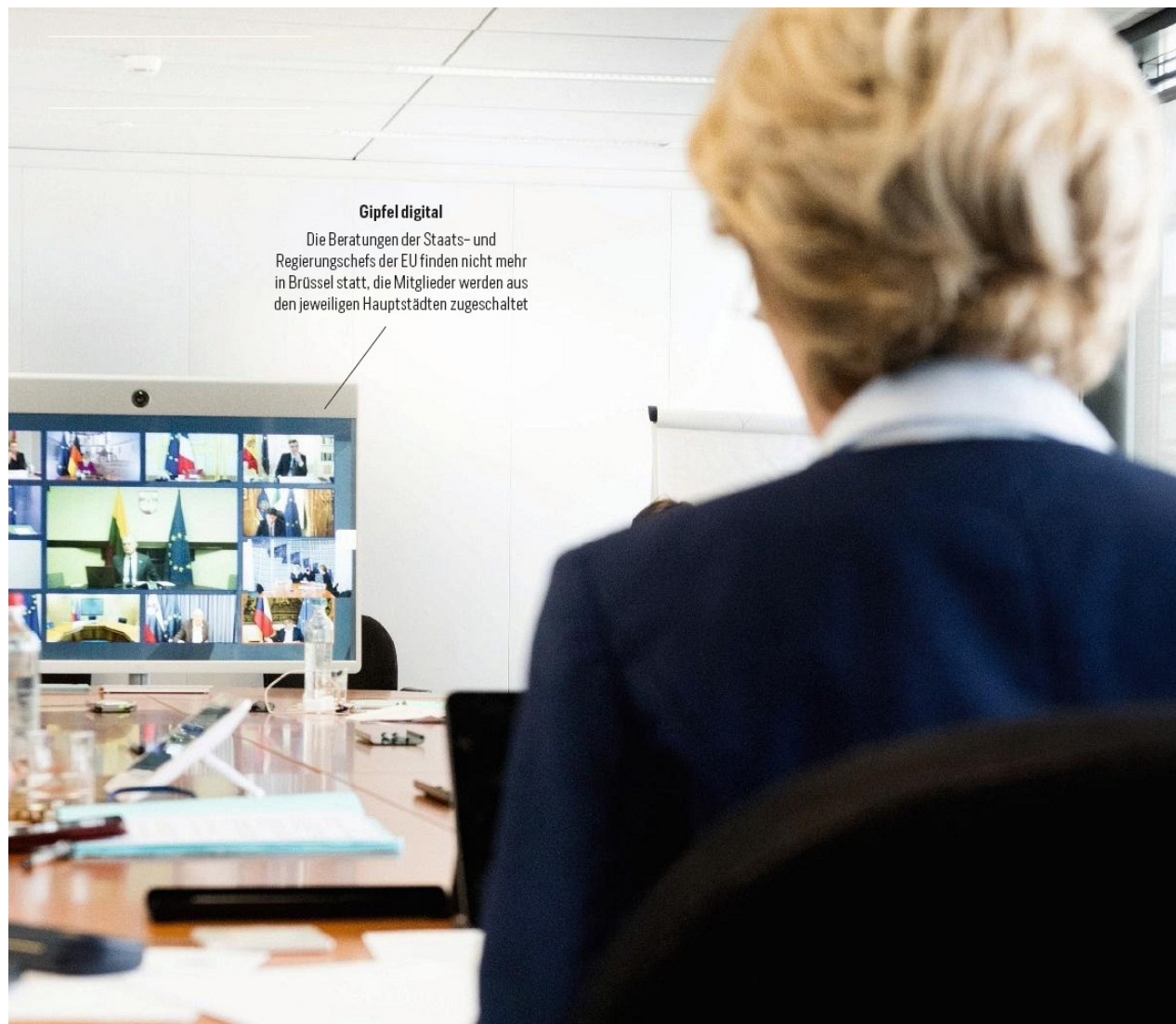


FOCUS vom 02.05.2020, Nr. 19, Seite 28

POLITIK
EUROPA

Killt Corona den Klimaschutz?

Der Green Deal sollte das Herzstück Ursula von der Leyens Zukunftsvision für Europa werden: Wie dieser in Zeiten der Weltviruskrise finanziert werden soll, weiß niemand



Politik und Corona Auch Ursula von der Leyen trifft ihre Kollegen nur noch am Bildschirm

Kaum Flugverkehr, weniger Autos - der Stillstand lässt Umweltschützer jubeln. Die Luftqualität in den Städten wird spürbar besser, und sogar in den trüben Kanälen von Venedig fließt in diesen Tagen klares Wasser - der Einstellung des Schiffsverkehrs sei Dank. Doch wer glaubt, die Umwelt sei der Gewinner der Corona-Krise, lässt die ökonomischen Folgen des Shutdown außer Acht. Weniger Verkehr und Industrieproduktion bedeuten zwar weniger Treibstoff- und **Energieverbrauch**. Allerdings lässt die sinkende Nachfrage an den Weltmärkten auch den Ölpreis auf neue Tiefstände fallen. Wie aber will man Klimaneutralität erreichen, wenn fossile Brennstoffe deutlich billiger sind als **erneuerbare Energien**? Auch der Preis für CO₂-Zertifikate ist von 24 auf bis zu 16 Euro gefallen und stellt damit die ökologische Lenkungswirkung des Emissionshandelssystems infrage.



Protest und Corona Aufgrund des Versammlungsverbots übt sich auch "Fridays for Future" in alternativen Formen des Protests

"Die Corona-Krise wird langfristig erhebliche Auswirkungen auf den klimapolitischen Spielraum haben, der zur Verfügung steht", sagt Joachim Weimann, Wirtschaftswissenschaftler an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg. Denn die für die Bekämpfung der Krise notwendigen Geldmittel werden die Möglichkeiten der Klimapolitik erheblich einschränken. In der Tat lenken der blaue Himmel und das klare Wasser davon ab, dass die finanziellen Folgen der Krise langfristig eher zulasten des Umweltschutzes gehen. Schon jetzt mehren sich in Politik und Wirtschaft die Stimmen, teure Vorhaben wie das Klimapaket der Bundesregierung oder den Green Deal von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen entweder aufzuschnüren, zu verkleinern oder wenigstens zu verschieben. BDI-Präsident Dieter Kempf fordert stattdessen ein "Klima-Konjunkturpaket" mit einer klaren Maßgabe: "Dabei müssen klima- und energiepolitisch relevante Belastungen sinken."

BDI-Hauptgeschäftsführer Joachim Lang wird noch deutlicher: "Statt die Wirtschaft zusätzlich zu belasten, muss es nun darum gehen, sie - auch mit Blick auf den Klimaschutz - zu unterstützen", fordert Lang. "Der europäische Green Deal sollte so ausgefüllt werden, dass er vor allem Investitionsanreize zum CO₂-Abbau setzt, statt neue Grenzwerte und Verbote einzuführen."

6,3Prozent geringer wird die Wirtschaftsleistung nach ersten Prognosen in diesem Jahr ausfallen

Der Beifall aus großen Teilen der Wirtschaft ist ihm dabei sicher. **Energieintensive** Branchen, zu denen auch die Textilindustrie zählt, weisen darauf hin, dass die hohen Stromkosten schon vor der Krise existenzbedrohend waren. "Jetzt geht es endgültig nicht mehr", sagt Ingeborg Neumann, Präsidentin des Gesamtverbands der Textilindustrie. Wegen des ökonomischen Absturzes infolge der Corona-Krise fordert die Unternehmerin einen Stopp des Klimapakets. "Die für 2021 geplante Anhebung des CO₂-Preises von 10 auf 25 Euro pro Tonne sollte zumindest für die **energieintensive** Produktion ausgesetzt werden." Auch die Autoindustrie, Deutschlands wichtigste Branche, verlangt Konsequenzen. Der europäische Autoverband strebt eine Verschiebung der EU-Grenzwerte für Neuwagen an. Die vorgesehene Senkung von 130 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer auf 95 Gramm sei angesichts des Einbruchs bei Produktion und Verkauf verheerend. Aus diesem Grund will die Auto-Lobby

auch, dass es mögliche staatliche Hilfen in Form einer erneuten "Abwrackprämie" nicht nur für Elektroautos gibt, sondern auch für Neufahrzeuge mit Verbrennungsmotor.

Belastungsmoratorium für Wirtschaft

Angesichts des Konjunkturabsturzes schlägt Unionsfraktionsvize Carsten Linnemann ein generelles "Belastungsmoratorium" für die Wirtschaft vor. "Die Unternehmen brauchen einfach mehr Luft zum Atmen, um erfolgreich aus der Krise zu kommen", sagt der Vorsitzende der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung MIT. Geplante Belastungen der Wirtschaft müssten gestoppt und bestehende reduziert werden. Für sämtliche Gesetze, die den Unternehmen Abgaben oder bürokratische Auflagen aufbürden, sei durch die Corona-Krise die Geschäftsgrundlage entfallen. "Alles, was weniger existenziell oder sogar zusätzlich belastend ist, muss auf Eis gelegt werden", sagt Linnemann. Dazu zählt er ausdrücklich auch das **Energie-** und Umweltrecht. Der MIT-Chef steht damit nicht allein. Im BDI-Szenario "Neustart und Erholung" finden sich ähnliche Forderungen. "Es muss national und europäisch sehr genau abgewogen werden, wie die Notwendigkeiten des Wiederaufbaus in eine gute Balance mit den politischen Zielen des Klimaschutzes gebracht werden können", heißt es in dem Positionspapier.



"Die Unternehmen brauchen mehr Luft zum Atmen" Carsten Linnemann Vorsitzender der Mittelstandsunion

Allerdings wird der Wunsch nach einem eingeschränkten Klimaschutz nicht von der ganzen Wirtschaft geteilt. In einem offenen Brief an die Bundesregierung forderten vergangene Woche mehr als 200 Unternehmen und Verbände aus dem Umwelt- und **Energiesektor** die Politik auf, "unbedingt an den Klimazielen festzuhalten und Planungssicherheit zu schaffen, damit Investitionen in die **Energiewende** fortgesetzt werden können". Dahinter steckt bei den Initiatoren die begründete Sorge,

dass der Klimaschutz durch die Krise in den Hintergrund rückt. Die Verbände und Unternehmen rufen deshalb die Bundesregierung auf, zusätzlich zu den vielen Soforthilfen und Stützungsprogrammen noch ein Klima-Konjunkturpaket zu beschließen. Veronika Grimm, Ökonomie-Professorin mit Schwerpunkt **Energie** und Mitglied im Sachverständigenrat der Bundesregierung, fordert eine Reform "mit einem CO2-Preis als Leitinstrument, der perspektivisch ansteigt". Das führe dazu, dass "Investitionen in klimafreundliche Geschäftsmodelle automatisch attraktiver werden", sagt die Wirtschaftswissenschaftlerin. "Parallel sollten Umlagen und Abgaben wegfallen, die aktuell den Strompreis belasten, ich denke an die EEG- und die KWKG-Umlage sowie einen Teil der Stromsteuer." Das entlaste tendenziell einkommensschwache Haushalte. "Wenn - was ja zu erwarten ist - der CO2-Preis erst langsam nachzieht, dann ergeben sich erst einmal umso größere Entlastungen", argumentiert Grimm. Davon profitieren Bürger und Unternehmen. Sie räumt allerdings ein, dass die entfallenen Umlagen und Abgaben erst dann gegenfinanziert werden, wenn der CO2-Preis wieder "eine gewisse Höhe erreicht hat". Ähnlich denkt der Wirtschaftswissenschaftler Joachim Weimann. Er kritisiert die ineffiziente und teure Klimapolitik der Bundesregierung und fordert angesichts der Krise ebenfalls ein Umdenken. Der Preis für jede eingesparte Tonne CO2 liege in Deutschland bei rund 700 Euro - wesentlich mehr als im europäischen Ausland. "Der Vergleich zwischen **Energiewende** und Emissionshandel fällt für die deutsche Klimapolitik desaströs aus", sagt Weimann. "Wir sind sehr weit davon entfernt, kosteneffiziente Politik zu betreiben."

Keine Einigung in der EU über Kosten

Der nächste Schritt besteht darin, das umstrittene Klimapaket der Bundesregierung und den Green Deal der Europäischen Union "mit den kommenden Konjunkturlösungen zu verknüpfen", wie es im BDI heißt. Doch genau da liegt das Problem: Jeder EU-Staat macht, was er will. Machtlos muss die Kommission zuschauen, wie die Mitgliedsländer auf nationaler Ebene gegen die Corona-Krise ankämpfen, ohne sich abzustimmen. Von Gemeinsamkeit ist wenig zu sehen. Nur mit Mühe haben sich die EUStaats- und Regierungschefs bei ihrem Video-Gipfel am Donnerstagabend vergangener Woche auf Hilfen für notleidende Länder wie Italien und Spanien verständigt. Wie allerdings der beschlossene "Wiederaufbaufonds" aussehen soll, ist ebenso offen wie dessen Finanzierung, kritisiert der FDP-Außenpolitiker Alexander Graf Lambsdorff den "enttäuschenden Gipfel".



"Wir brauchen neben dem Green Deal einen White Deal" Ursula von der Leyen Präsidentin der EU-Kommission in Brüssel

Genau an dieser Stelle ballen sich die europäischen Probleme Klimaschutz, Krisenbekämpfung und EU-Haushalt zu einem schier unentwirrbaren Knäuel zusammen: Weder ist eine Einigung für die mittelfristige Finanzplanung der Gemeinschaft für die Jahre 2021 bis 2027 in Sicht, noch ist klar, wo in den nächsten sieben Jahren die 75 Milliarden Euro herkommen sollen, die nach dem Brexit in der Gemeinschaftskasse fehlen. Ebenso offen ist, wie der gigantische Green Deal finanziert werden soll. Das politische Ziel der Kommission, in der EU bis 2050 Treibhausgasneutralität zu erreichen, soll rund eine Billion Euro verschlingen - in den nächsten zehn Jahren. Als wäre das nicht schwierig genug, muss von der Leyen nun auch noch Geld für den von ihr so getauften "White Deal" beschaffen, also für die Gesundheitsvorsorge in der Corona-Krise und die ökonomischen Folgen der Pandemie. "Wir merken jetzt, dass die Gesundheit genauso ein öffentliches Gut ist wie ein verträgliches Klima", sagte von der Leyen. Der Green Deal "ist und bleibt sehr wichtig, wird aber ergänzt durch eine weiße Komponente".

Osteuropäer stellen Green Deal infrage

Doch diese "Ergänzung" wird für die Kommissionschefin deutlich komplizierter als die Erfindung flotter Überschriften und Programmnamen. Klar ist nach den bislang ergebnislosen Verhandlungen in Brüssel bislang nur, dass selbst bei den finanzstarken Ländern die Bereitschaft zu solidarischer Finanzhilfe begrenzt ist. Offenbar wollen Kommission und Europäischer Rat deshalb versuchen, mit kreativer Buchführung die enormen Kosten zu finanzieren. Allem Anschein nach soll

der "Wiederaufbaufonds" ebenso wie der Green Deal nicht gesondert ausgewiesen werden, sondern über den EU-Haushalt 2021-2027 laufen. Dafür müsste dieser aber von gut einem Prozent der europäischen Wirtschaftsleistung auf rund zwei Prozent steigen. Da eine Einigung bislang schon an wenigen Zehntelprozentpunkten scheiterte, darf man gespannt sein, wie nun ein Konsens zustande kommen soll, der nahezu eine Verdoppelung des Haushalts vorsieht. In den nächsten Wochen will sich von der Leyen dazu entsprechende Vorschläge präsentieren lassen. An Ideen mangelt es nicht, aber angesichts des Konjunkturerinbruchs gibt es bei den EU-Staaten wenig Spielraum, über die beschlossenen Hilfen hinaus mehr Geld nach Brüssel zu überweisen. Im Vordergrund stehen die Wirtschaftsprogramme gegen die Krisenfolgen; der Klimaschutz ist in der politischen Prioritätenskala deutlich nach hinten gerutscht. Das gilt nicht nur für die stark betroffenen Länder Italien und Spanien. Auch die Osteuropäer mit ihrer fossilen Kraftwerkswirtschaft, die dem Green Deal schon vor der Pandemie skeptisch gegenüberstanden, fordern neue Prioritäten. Tschechiens Regierungschef Andrej Babis hat bereits dazu aufgerufen, den Green Deal wegen des Coronavirus "auszusetzen". In Polen, dem größten Netto-Empfänger in der EU, gibt es ebenfalls entsprechende Stimmen. Für die Aktivistin Greta Thunberg, deren "Fridays for Future"-Bewegung durch das krisenbedingte Versammlungsverbot abrupt zum Stillstand gekommen ist, bleibt nur digitale Gegenwehr. Vom heimischen Wohnzimmer aus postete die schwedische Schülerin Bilder mit Protestplakaten. "Ob es uns gefällt oder nicht", so Thunberg, "die Welt hat sich verändert." MITARBEIT: JANINA ZILLEKENS

Ist der Kampf gegen die Krise wichtiger als Klimaschutz?

Diskutieren Sie mit uns! Eine Auswahl der Texte drucken wir auf der Leserdebatten-Seite ab. Bedingung: Sie schreiben unter Ihrem echten Namen.

Beiträge: www.focus.de/magazin/debatte

Mails an: debatte@focus.de



Fotos: Eu/Etienne Ansotte/European Commission/dpa, Markus C. Hurek/Fotos: dpa, ddp images

TEXT VON DANIEL GOFFART

Bildunterschrift:

Politik und Corona Auch Ursula von der Leyen trifft ihre Kollegen nur noch am Bildschirm

Protest und Corona Aufgrund des Versammlungsverbots übt sich auch "Fridays for Future" in alternativen Formen des Protests

Quelle: FOCUS vom 02.05.2020, Nr. 19, Seite 28


Rubrik: POLITIK

Dokumentnummer: foc-02052020-article_28-1

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/FOCU_72279320b15e0693d4b2c9c2a586e3e96c981b49

Alle Rechte vorbehalten: (c) FOCUS Magazin-Verlag GmbH

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH